



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 61. Ratssitzung vom 20. September 2023

2282. 2023/415

Dringliches Postulat von Michele Romagnolo (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 30.08.2023:

Auflösung der offenen Drogenszene in der Bäckeranlage

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

***Michele Romagnolo (SVP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2183/2023): Seit einiger Zeit fordert die SVP den Stadtrat auf, bezüglich der Drogenszene in der Bäckeranlage zu handeln. Bis jetzt passierte nichts. In der Bäckeranlage konsumieren zahlreiche Personen Drogen wie Crack. Das belegen verschiedene Medienreportagen. Die Situation gleicht derjenigen zu Beginn der Drogenszene am Platzspitz. Da wurde lange nichts unternommen und so kam es zu einer menschlichen und sicherheitstechnischen Tragödie. Alle im Rat wollen vermutlich vermeiden, dass es wieder zu so etwas kommt. Die Situation ist so prekär, dass Dealer Jugendliche ansprechen und Drogensüchtige öffentlich Drogen konsumieren. Um die Bäckeranlage hat es Schulhäuser und Kindergartenanlagen, darum gehen viele Kinder in diesen Park. Sie müssen vor Kontakt mit Crack, Spritzen und Drogenkriminalität geschützt werden. Stadtbewohnende wollen sich im Park unbeschwert und sicher erholen, ohne Angst vor der Drogenszene haben zu müssen. Der Stadtrat hat die Aufgabe, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Zur Entlastung der Polizei soll der Stadtrat prüfen, ob ein privater Sicherheitsdienst beauftragt werden soll, um in den Schulanlagen und den umliegenden Wohnquartieren für Sicherheit zu sorgen. Die Polizei muss angewiesen werden, alle Drogenkonsumenten rigoros vom Platz zu verweisen. Es muss eine adäquate Einrichtung, wie eine Kontakt- und Anlaufstelle (K&A) angeboten werden. Die SVP wird die neue Drogenszene mit allen Mitteln bekämpfen, um einen zweiten Platzspitz zu verhindern.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

***STR Karin Rykart:** Der Stadtrat verfolgt die Zunahme des Crack-Konsums im öffentlichen Raum mit Besorgnis. Es ist nicht so, dass die Drogen nach der Schliessung des Platzspitzes und des Letten aus unserer Gesellschaft verschwunden wären. Erst das Zusammenspiel von medizinischem Angebot, sozialen Einrichtungen und der Polizei sorgte dafür, dass der Substanzkonsum das Stadtleben nicht übermässig belastete. Damals machten wir die Erfahrung, dass eine Auflösung, Schliessung oder Vertreibung der Szene zu keiner nachhaltigen Verbesserung führt – die Probleme werden nur verlagert. Tatsächlich sind seit Frühling 2023 mehr Menschen zu sehen, die im öffentlichen Raum Drogen konsumieren, besonders bei der Bäckeranlage. Das verträgliche Ausmass ist dort momentan gestört. Es gab immer konsumierende Menschen, doch anscheinend ka-*



men neue dazu. Die Situation ist bekannt. Das bewährte Netzwerk verschiedener Dienst-
abteilungen hat sofort reagiert und Massnahmen ergriffen. Die Stadtpolizei hat die Prä-
senz in der Bäckeranlage und den angrenzenden Gebieten massiv erhöht. Die Bäcker-
anlage wurde zu einem Lageschwerpunkt erklärt. Die Polizei führt Personenkontrollen
durch und fehlbare Personen werden konsequent verzeigt. Sie weist Personen weg,
wenn die Kriterien nach Artikel 33 Polizeigesetz erfüllt sind. Im Wiederholungsfall sind
Wegweisungen von bis zu 14 Tagen möglich. Netzwerker*innen von Sicherheit Interven-
tion Prävention (sip züri) sind ebenfalls vermehrt auf Kontrollrundgängen in der Bäcker-
anlage anzutreffen. Ein Bus der Sozialen Einrichtungen und Betriebe (SEB) erhöhte die
Präsenz auf der Bäckeranlage und ist dreimal wöchentlich mehrere Stunden vor Ort. Im
Bereich der Schulhäuser sind private Sicherheitsdienste unterwegs, was zu einer ra-
schen Entlastung der Schulareale führte. Wichtig ist, dass der Park gut durchmisch
bleibt. Um das zu gewährleisten, wurde das Angebot des Spielwagens vor den Sommer-
ferien aufgenommen und ausgebaut. Die Situation stabilisierte sich bereits vor den Som-
merferien, aber es sind nach wie vor mehr Konsumierende dort, als in den letzten Jah-
ren. Es braucht daher die erhöhte Präsenz. Wenn wir wissen, wer die Konsumierenden
sind, können wir mit gezielten Angeboten darauf hinwirken, dass das quaterverträgliche
Mass wieder stimmt. Die SEB arbeiten mit Hochdruck an der Errichtung eines K&A-Provi-
soriums in Zentrumsnähe. Diese Massnahme wird eine Entlastung bringen und der Kon-
sum wieder vermehrt in kontrolliertem und betreutem Umfeld stattfinden. Die Stelle bietet
zudem einen niederschweligen Zugang zur Überlebenshilfe und Beratung. Allein durch
repressive Massnahmen lässt sich das Problem nicht beheben. Es braucht eine gesamt-
heitliche Lösung mit den in der Drogenpolitik bekannten Säulen: Prävention, Repression,
Regulierung, Schadensminderung und Therapie. Nur ein Zusammenspiel bringt langfris-
tig gute Lösungen. Die Zunahme des Crack-Konsums fand nicht nur in Zürich statt: Meh-
rere deutsche und französische Städte, aber auch Genf und Lausanne sind mit ähnlichen
Problemen konfrontiert. Die unbestrittenen Probleme, die mit dem Drogenkonsum ver-
bunden sind, wollen wir gesamtheitlich und mit den bewährten Instrumenten angehen.
Eine polizeiliche Auflösung ist keine Lösung. Darum lehnen wir das Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

David Ondraschek (Die Mitte) stellt folgenden Textänderungsantrag: Die SVP-Fraktion
greift ein gesellschaftlich brisantes und dringliches Thema auf. Die Die Mitte/EVP-
Fraktion erachtet den Handlungsbedarf als dringlich, doch wir sind nicht bereit, dem
Stadtrat explizite operative Vorgaben zu machen. Als Gemeinderat obliegt es uns, die
strategische Richtung vorzugeben, die der Stadtrat konkretisiert umsetzt. Daraus ergibt
sich unser Textänderungsantrag: Die Auflösung der offenen Drogenszene und Betreuung
der Drogensüchtigen wird nach wie vor verlangt. Es ist unsere menschliche Verpflich-
tung, die Abhängigen nicht ihrem Schicksal zu überlassen. Auf gesellschaftlicher Ebene
dürfen wir die offene Drogenszene nicht zulassen.

Hannah Locher (SP): Es handelt sich um ein dringliches Thema. Das Unbehagen der
anwohnenden Bevölkerung ist angesichts der Situation spürbar. Das nehmen wir ernst.
Doch das Postulat der SVP ist übereilt. Die Stadtbehörden müssen genau hinschauen
und wo nötig schnell Massnahmen ergreifen, da sind wir derselben Meinung. Doch eine



Nulltoleranzpolitik gegenüber den Konsument*innen ist die falsche Antwort. Die repressiven Forderungen der SVP lehnen wir ab. Die SVP vergisst beim Vergleich mit der Situation des Platzspitzes, dass die Dinge, die damals als repressive Lösungsansätze nicht funktionierten, es auch heute nicht tun werden. Die Vier-Säulen-Strategie bewährt sich nach wie vor und wird, wie von STR Karin Rykart geschildert, bereits verfolgt. Vieles wurde schon vor den Sommerferien initiiert, bevor die Medien das Thema aufgriffen. Das war möglich, weil sich die Fachpersonen in den verschiedenen Abteilungen ständig über aktuelle Entwicklungen austauschen und eng zusammenarbeiten. Massnahmen braucht es trotzdem, wie eine alternative K&A in der Nähe, aber das ist dem Stadtrat bewusst. Das Provisorium wird die Lage beruhigen und Druck von der offensichtlich schwierigen Suche nach einem definitiven Standort nehmen. Letzte Woche überwiesen wir zudem ein Postulat, das von allen involvierten Stellen der Stadt ein vermehrtes Augenmerk auf die aktuellen Herausforderungen mit der Droge Crack verlangt.

Moritz Bögli (AL): In den 90er-Jahren wurde mit der Vier-Säulen-Politik eine gute und effektive Strategie entwickelt, um mit der Problematik umzugehen. Von dieser abzuweichen, ist kontraproduktiv. Dass der Quartierbevölkerung angesichts der Situation unwohl ist, gerade mit den Schulen, verstehe ich. Doch die Menschen einfach zu vertreiben, löst das Problem nicht. Die K&A in der Kaserne wurde vor über einem Jahr geschlossen, was bedeutet, dass die Konsumierenden zurück in den öffentlichen Raum gelangten. Anstatt das Areal zu räumen, liegt es am Stadtrat, möglichst schnell eine neue K&A zu finden. Das Sozialdepartement wusste lange von der Schliessung. Es ist möglich, dass Provisorien zur Überbrückung nötig werden. Das Postulat soll abgelehnt werden.

Andreas Egli (FDP): Es kann nicht das Ziel sein, dass die Polizei die Drogensüchtigen von einem Ort zum nächsten vertreibt, wie es in der früheren offenen Drogenszene der Fall war. Mit dem ursprünglichen Postulatstext hätten wir den Inhalt als nicht zielführend empfunden. Mit dem Textänderungsantrag von David Ondraschek (Die Mitte) hat das Postulat Substanz, da die K&A und andere soziale Einrichtungen gezielt auf Drogenkonsumenten auf der Bäckeranlagen zugehen, die wiederum nach einer Wegweisung adäquat betreut werden können. Einen polizeilichen Einsatz braucht es auch, aber nicht nur, und er muss mit den anderen Stellen koordiniert sein, da sich Drogenpolitik mit repressiven Mitteln nicht lösen lässt. Dem Postulat stimmen wir mit der Textänderung zu. Weitere Lösungsansätze werden wir in künftigen Postulaten aufzeigen, wenn vom Stadtrat keine substantiellen Lösungen in kurzer Frist angeboten werden.

Anna-Béatrice Schmalz (Grüne): Der Grund für die aktuelle Situation ist die Schliessung der K&A. Die Leidtragenden sind die suchtkranken Menschen. Es braucht schnell einen guten neuen Standort für diese Stelle. In der Bäckeranlage sehen wir ein gesellschaftliches Problem, das sehr sichtbar wird. Die bewährte Drogensuchtpolitik der Stadt stützt sich auf vier Säulen, die auf alle Bedürfnisse eingehen. Das ist gut so, denn Suchtkranke müssen adäquat betreut und unterstützt und die Anwohnenden in ihren Sorgen ernst genommen werden. In der Drogenpolitik zeigte sich immer wieder, dass reine Repression, auf die das Postulat fast ausschliesslich abzielt, nicht zielführend und sogar kontraproduktiv ist. Mit einem Rayonverbot wird das Problem nur verlagert. Eine Nulltoleranzpolitik widerspricht der bewährten Strategie. Die Grünen stellen sich hinter die Vier-



Säulen-Strategie und lehnen das Postulat auch mit Textänderung ab. Die von der SVP gegen suchtkranke Menschen verwendete Rhetorik finde ich nicht in Ordnung.

Nicolas Cavalli (GLP): *Das Wichtigste an der Diskussion ist, dass wir das Thema ernst nehmen. Alle reden über dasselbe Ziel; es geht darum, wie wir dieses erreichen und ob wir das mit diesem Postulat machen. Das Problem bahnt sich laut Quartierbewohnenden nicht erst seit diesem Sommer, sondern schon länger an – es wurde einfach erst im Sommer medial. Das originale Postulat lehnen wir aus den Gründen ab, die die FDP bereits nannte. Mit der Textänderung können wir es unterstützen und verstehen nicht ganz, warum die Grünen und AL es ablehnen, da der Fokus auf der K&A liegt.*

Stefan Urech (SVP): *Es ist nicht wahr, wenn von reiner Repression und der Abkehr von der bisherigen Drogenpolitik gesprochen wird. Von diesen Dingen redet niemand, auch wenn es die Repression braucht. Die Quartierbevölkerung beschäftigt diese Thematik schon lange: Belästigungen, gefährliche Hunde, öffentlicher Geschlechtsverkehr und die gerade diskutierten Entwicklungen der letzten Zeit. Die Menschen, die das seit Jahren erdulden müssen, interessiert die Laisser-faire-Politik der Linken wenig. Die Städte mit einer ähnlichen Problematik wie Zürich haben etwas gemeinsam: Alle werden seit Jahrzehnten rot regiert und verfolgen eine Laisser-faire-Politik mit reiner Prävention. Das führte schlussendlich zur heutigen Situation. Als Kreisvertreter finde ich, dass die Menschen rund um die Bäckieranlage eine Verbesserung der Situation verdient haben.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Bereits zu Beginn fiel mir das Wording «Repression» von STR Karin Rykart auf. Es besteht keine Absicht, die anderen Säulen zu untergraben. Es soll lediglich ein Interventionskanal, der vernachlässigt wurde, wieder aufgewertet werden. Wenn gesagt wird, dass sich das Problem so nur verlagert, ist das ein Denkfehler. Interventionen sind dann nicht erfolgreich, wenn sie zu spät erfolgen – dann kann sich etwas verlagern. Wie in Studien gezeigt wurde, ist es wichtig, dass man frühzeitig eingreift. Das hat der Stadtrat nicht im Blick. Darum der Appell, dass man rechtzeitig auf allen Säulen gemässigt interveniert und die robuste Intervention nicht ausser Acht lässt.*

Marcel Tobler (SP): *Die SP bleibt bei der Ablehnung, auch wenn der Versuch von David Ondraschek (Die Mitte) löblich ist. Dieser macht das Postulat weniger unangenehm, da nicht nur repressiv gegen die Süchtigen vorgegangen wird. Wir verfolgen dasselbe Ziel. Von STR Karin Rykart hörten wir, dass diverse Massnahmen in Gang gesetzt wurden, um die Situation zu verbessern. Das Postulat braucht es nicht. Zudem reichte die SVP am 23. August 2023 die Schriftliche Anfrage GR Nr. 2023/401 – die ich inhaltlich gut finde – ein und ich frage mich, wieso Ihr deren Beantwortung nicht abwartet. Wir wollen den Betrieb nicht überladen und lehnen das Postulat ab.*

Derek Richter (SVP): *STR Karin Rykart sagte, dass sie die Situation besorgt zur Kenntnis nehme, was aber keinen Lösungsansatz darstellt. Was andere Städte für Probleme und Lösungen haben, interessiert mich nicht, wenn es um Zürich geht. Die Vier-Säulen-Politik funktionierte bis anhin, doch jetzt ist angesichts der Situation an der Bäckieranlage kein Erfolg mehr zu verzeichnen. In Zürich geschieht eine «Verslumung», die wir zur Kenntnis nehmen müssen. Ein wesentlicher Bestandteil der Vier-Säulen-Politik ist die*



Repression und dazu sind Sie nicht bereit. Rayonverbote sind ein adäquates Mittel. Beim Platzspitz war eine Parkschiessung das Mittel zum Erfolg. Dasselbe könnte man bei der Bäckeranlage machen: In der Nacht könnte sie geschlossen werden. Das würde einen substantiellen Beitrag zur Lösung leisten. Die K&A-Verschiebung an den Stadtrand war keine gute Idee und eine Rückverschiebung ins Zentrum würde zu spät erfolgen.

Luca Maggi (Grüne): *Der einzige Vorteil des Votums von Derek Richter (SVP) ist, dass er die wahre Absicht des Postulats zeigt. Es ist eine Verhöhnung der Vier-Säulen-Politik und zeigt, dass es der SVP einzig und alleine um Repression geht. Aus der Vergangenheit lernten wir, dass das nicht funktioniert. Die Debatte von bürgerlicher Seite hat am Inhalt des Postulats vorbeigezielt. Auch mit der Textänderung wird eine umgehende polizeiliche Auflösung gefordert. Bei Stefan Urech (SVP) wurde klar, dass es zusätzlich um Betrunkene und Hunde geht. Das zeigt, dass eine Schliessung beabsichtigt wird und Dinge, die aus Eurer Sicht nicht in die Gesellschaft passen, verbannt werden sollen.*

Michele Romagnolo (SVP) *ist mit der Textänderung einverstanden: Die Polizeipräsenz wurde anscheinend verschärft, doch als ich mir selbst ein Bild vor Ort verschaffen wollte, bekam ich nicht diesen Eindruck. Nur Repression wollen wir trotzdem nicht. Den Textänderungsantrag der Die Mitte/EVP-Fraktion nehmen wir an.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ~~umgehend~~ die offene Drogenszene in der Bäckeranlage umgehend polizeilich aufgelöst und die Drogensüchtigen betreut werden können, damit kein zweiter «Platzspitz» entstehen kann.

~~Wir müssen dafür sorgen, dass Zürich nicht nochmals einen solchen Albtraum erleben muss. Daher sollte der Stadtrat umgehend Massnahmen ergreifen:~~

- ~~1. Die Stadtpolizei anweisen, alle Drogenkonsumenten rigoros wegzuweisen und ihnen ein Rayonverbot zu erteilen.~~
- ~~2. Die Betäubungsmittel-Fahndung der Stadtpolizei muss die Bäckeranlage zu einem Schwerpunkt machen. Im Umfeld der Bäckeranlage soll es eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Drogen geben.~~
- ~~3. Die Kontakt- und Anlaufstelle sowie andere sozialen Einrichtungen sollen gezielt auf die Drogenkonsumenten der Bäckeranlage zugehen und sie nach der Wegweisung adäquat betreuen.~~

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 54 gegen 63 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



6 / 6

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat